



MEDIENPOLITISCHE FORDERUNGEN

an die Arbeit der
zukünftigen Landespolitik in
Mecklenburg-Vorpommern





Die Initiatorinnen und Initiatoren von Medienaktiv M-V.

Präambel

Medienkompetenz muss in der heutigen Zeit als Lebenskompetenz aufgefasst werden. Ihre Entwicklung zu ermöglichen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein aktiver, kreativer und selbstbestimmter Medienumgang sichert gesellschaftliche Teilhabe, trägt zur Demokratiebildung und Chancengleichheit bei, stärkt Persönlichkeit und beugt somit beispielsweise Extremismus vor.

Die Digitalisierung durchdringt alle Bereiche der Gesellschaft und verändert grundlegend die Lebens- und Berufswelt aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland. Die rasante Entwicklung erfordert von jedem eine stetige Auseinandersetzung sowie sich kontinuierlich weiterentwickelnde Kompetenzen. Nur kritische und informierte Nutzerinnen und Nutzer sind in der Lage, die Vor- und Nachteile der digitalen Kultur einzuschätzen. Dies erfordert ein lebenslanges Lernen und eine grundlegende Medienbildung. Medienkompetenz ist also der Schlüssel für die Teilhabe und Entwicklung einer aktiven und selbstbewussten Rolle in der Gesellschaft.

Mecklenburg-Vorpommern ist mit dem landesweiten Netzwerk für Medienbildung **Medienaktiv M-V** mittlerweile bundesweit beispielgebend, da sich hier sowohl

Suchthilfe, Jugendhilfe, Medienpädagogik, Erwachsenenbildung, Polizei, Schule, Medienanstalt und Datenschutzbeauftragter gemeinsam engagieren. Es wurde vom Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern, der Landeskoordinierungsstelle für Suchtthemen Mecklenburg-Vorpommern, dem Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern, dem Kompetenzzentrum und der Beratungsstelle für exzessive Mediennutzung und Medienabhängigkeit Schwerin der Evangelischen Suchtkrankenhilfe Mecklenburg-Vorpommern, der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern und dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern ins Leben gerufen.

Das Netzwerk **Medienaktiv M-V** macht die Vielfalt der Medienangebote in Mecklenburg-Vorpommern wahrnehmbarer. Darum ist es uns wichtig, mit allen Institutionen zu kooperieren, bei denen das Thema „Medien“ eine Rolle in ihrer Arbeit spielt. Das Netzwerk greift effektiv aktuelle Entwicklungen der Medien auf und regt zum gemeinsamen Handeln an. Grundsätzlich sind alle Mitglieder gleichberechtigt und bringen ihre Kompetenzen in die Netzwerkarbeit ein.

Medienaktiv M-V soll helfen, Partner für neue und vorhandene Projekte, Angebote, Ideen und ein gemeinsames Auftreten in der Öffentlichkeit zu finden. Zu den außerschulischen Partnern der Medienarbeit in Mecklenburg-Vorpommern gehören beispielsweise Medienwerkstätten, freie Medienpädagoginnen und Medienpädagogen oder Vereine.

Das Netzwerk berät Politik und Wirtschaft bei der Gestaltung der Medienbildung in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei stehen die Medienkompetenz-Förderung und der Medienschutz für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Ältere im Mittelpunkt. Wir wollen Bedingungen schaffen, die einer digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken.

Mit den „Medienpolitischen Forderungen an die Arbeit der zukünftigen Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern“ wollen wir einen politischen Dialog beginnen, der zielführend eine flächendeckende und auf festgelegten Qualitätsstandards beruhende Medienbildung für alle Generationen bietet. Wir wollen nicht nur Defizite im Bereich der Medienbildung benennen, sondern Ideen und mögliche Handlungswege aufzeigen. Die hier zusammengestellten Forderungen sollen in die Medienpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern einfließen.

Die „Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz in Mecklenburg-Vorpommern“ leistet dazu bereits einen Beitrag. Sie wurde am 21. April 2015 zwischen der Staatskanzlei, dem Ministerium für Inneres und Sport, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit und der Medienanstalt geschlossen. Die Kooperationsvereinbarung hat eine Laufzeit bis 2018.

Medienaktiv M-V fordert:

- 1 die „Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz in Mecklenburg-Vorpommern“ zu evaluieren und fortzuschreiben,
- 2 eine engere Verzahnung und Zusammenarbeit der Landespolitik und Ressorts mit den Akteuren der Medienbildung in Mecklenburg-Vorpommern,
- 3 die Unterstützung des Wissenstransfers zwischen den Akteuren der Politik und der Medienbildung, um die Chancen der Digitalisierung für alle Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern nutzbar zu machen.



Selbst mal einen Film drehen – ein Medientreckerprojekt in der Kita „Zwergenland“ Tewsswoos.

Frühkindliche Medienbildung und Familie

Forderungen

1

Wir brauchen eine Verankerung der Medien-erziehung in den pädagogischen Konzepten der Einrichtungen. Die Medienwelt kommt durch die Kinder selbst in die Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und Horte.

2

Wir benötigen keine bewahrpädagogische Auseinandersetzung mit dieser frühen Mediensozialisation, sondern eine Lebenswelt relevante Annahme mit Blick auf die Entwicklung der Kinder.

3

Der Wissenstransfer gelingender frühkindlicher Medienbildung muss in Form von Vernetzung und einer datensicheren digitalen Plattform gefördert werden.

4

Zur frühkindlichen Medienbildung muss Elternarbeit verpflichtend dazugehören. Dafür benötigen wir verlässliche Strukturen in der Ausbildung der Fachkräfte.

Zukünftige Landespolitik

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass pädagogische Fachkräfte im frühkindlichen Bereich in die Lage versetzt werden, Kinder in ihrer Mediensozialisation erzieherisch und pädagogisch kompetent zu unterstützen. Dafür ist eine verbindliche Verankerung medialer Themen in der Aus-, Weiter- und Fortbildung notwendig.

Pädagogische Fachkräfte werden befähigt, Eltern in Fragen der Medienerziehung zu helfen und zu begleiten. Diesbezüglich ist es unerlässlich, dass eine verstetigte thematische Arbeit mit den Eltern stattfindet.

In der „Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder in Mecklenburg-Vorpommern“ (2011) müssen die aktuellen familiären Mediennutzungsgewohnheiten berücksichtigt werden.

Begründung

Die medialen Erfahrungen der Kinder müssen entwicklungspezifisch eingeordnet und reflektiert werden können. Diese Beobachtungen sollten demzufolge im Hinblick auf den Erziehungs- und Bildungsauftrag in adressatengerechte pädagogische Angebote eingebunden werden.

Die Studie „Kinder in der digitalen Welt“ (2015) des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) und des Heidelberger Sinus-Instituts zeigt, dass sich Kinder immer früher autark in der digitalen Welt bewegen. Rund 1,2 Millionen 3- bis 8-Jährige in Deutschland sind derzeit regelmäßig online. „Wie konstruktiv Kinder mit digitalen Medien konkret umgehen, unterscheidet sich entlang der formalen Bildungsgrade der Eltern.“^[1]

Medial initiierte Erlebnisse sind bedeutender Teil der kindlichen Persönlichkeits- und Identitätsbildung. Medien sind in allen Lebensbereichen unserer Gesellschaft verankert. Ein früher Kontakt mit ihnen ist verbunden mit Chancen und Risiken. Es ist unerlässlich, dass Erzieherinnen und Erzieher den Kindern Unterstützung und Orientierungshilfe geben können. Eine reflektierte und kreative Verarbeitung ermöglicht ein selbstbestimmteres und kompetenteres Bewegen in der Medienwelt. Fachkräfte haben einen immer höheren Bedarf an entsprechenden Angeboten in ihrer Aus-, Weiter- und Fortbildung.

Bewegungsintensive und haptische Aktivitäten sollten im Kindes- und Vorschulalter weiterhin Priorität besitzen. Ein kontinuierlich gestalteter und pädagogisch angeleiteter Prozess produktiver Mediennutzung kann die adäquate Einordnung medialer Erfahrungen allerdings befördern. Außerdem können medienbezogenes Wissen vermittelt sowie kritisch-reflexive, gestalterische und anwendungsorientierte Fähigkeiten entwickelt werden.

Die Kindertageseinrichtungen bieten eine erste Schnittstelle zur Familienarbeit. Eltern müssen regelmäßig in die Gestaltung der Medienerziehung einbezogen werden, um ihnen Anregungen und Orientierung für einen entwicklungsförderlichen familiären Medienumgang zu geben. Beratungs-, Informations- und Präventionsangebote gehören zu einem dynamischen Medienbildungskonzept in diesem Bereich.

Wer Medien macht, kann Medien verstehen – ein Medientreckerprojekt in der Kita „Arche“ in Wolgast.



Schulische Medienbildung

Forderungen

1

Wir brauchen verbindliche Standards für das Lernen und Lehren in einer digitalen Gesellschaft, die durch die gesamte Schullaufbahn aller Schülerinnen und Schüler und über alle Schularten hinweg curricular fest verankert sind. Dabei sind fachliche und lebensweltorientierte Bildungskonzepte notwendig, die an das lebenslange Lernen angepasst sind. Dies schließt die Berufliche Bildung mit ein.

2

„Das System/das Haus Schule öffnen“^[1] für eine engere Verzahnung von schulischen und außerschulischen Medienbildungsangeboten.

3

Die technischen und finanziellen Voraussetzungen für die Schulen selbst müssen landesweit verfügbar sein, um datensichere digitale Lehr- und Lernplattformen einsetzen zu können sowie Expertinnen und Experten an den Lernort Schule zu holen zur Qualifikation oder Unterstützung der Lehrkräfte.

Wir brauchen mehr Medienbildung in allen Klassenstufen und allen Schularten des Landes.



Zukünftige Landespolitik

Die Koalitionspartner tragen dafür Sorge, dass die Umsetzung des KMK-Beschlusses „Medienbildung in der Schule“^[2] vom 8. März 2012 zügig erfolgt. Das bedeutet, dass Medienbildung „in den Fächern und Lernbereichen der Lehr- und Bildungspläne konkret verankert und auf der Ebene der einzelnen Schule“^[3] verwirklicht wird. Es setzt voraus, dass Rahmenbedingungen für den Medien- und Interneteinsatz in den Schulen und Bildungseinrichtungen des Landes geschaffen werden, die sich an der fortschreitenden Digitalisierung von Wissensgesellschaft und Wirtschaft orientieren. Dazu werden die bereits bestehenden Arbeitsfelder, die in der „Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz in Mecklenburg-Vorpommern“ beschrieben sind, weiterentwickelt.

Begründung

Die Umsetzung von kompetenz-, fach- und lebensweltorientierten Medienbildungskonzepten in der Schule stellen eine Voraussetzung für die Arbeits- und Erwerbsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler unseres Bundeslandes dar. Der Umgang und das Lernen mit und über Medien muss als Kulturtechnik – genauso selbstverständlich wie das Lesen, Schreiben und Rechnen – erlernt und gelehrt werden. Nur so ist es möglich, die Schülerinnen und Schüler auf gesellschaftliche Herausforderungen und die Zukunft unserer digitalen Gesellschaft vorzubereiten.

Schulische Bildung muss sich demnach an den Herausforderungen und Chancen des digitalen Wandels orientieren und neue Lehr- und Lernformen ermöglichen. Medienbildung fördert gleichzeitig Demokratiebildung, da das Wissen über digitale Informationsquellen und der

[2] Den KMK-Beschluss finden Sie unter: www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2012/2012_03_08_Medienbildung.pdf.

[3] Ebenda, Seite 7.

Umgang mit Informationen zum Beispiel Extremismus vorbeugen können – wenn über die Mechanismen der angewendeten extremistischen Informationsverbreitung aufgeklärt wird. Gleichzeitig kann die Bildung mit Medien zur Integration und Inklusion beitragen.

Um medienbezogene Standards und Bildungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen, ist eine Vernetzung von außerschulischer und schulischer Medienbildung unerlässlich. Hierfür sind die Ergebnisse der zwei Schulversuche zur Medienbildung in Mecklenburg-Vorpommern (2007-2015) vorhanden, und das Wissen kann konsequent umgesetzt werden. In allen Bereichen der schulischen Medienbildung muss auf ein breites, nachhaltig finanziertes Netz an außerschulischen medienpädagogischen Fachstellen zurückgegriffen werden können. Dafür sind alle möglichen Wege der Medienkompetenzvermittlung für Schülerinnen und Schüler unseres Bundeslandes an die sich stetig ändernden Gegebenheiten anzupassen.

Die technischen Voraussetzungen sowie der Ausbau der Internet-Breitbandversorgung, vor allem im ländlichen Bereich, sind hierfür eine Grundvoraussetzung. Für eine chancengerechte und gelingende konzeptionelle Umsetzung o.g. Bildungsziele bedarf es eines Ausstattungskonzeptes mit entsprechenden Qualitätsstandards, die einen geschützten, aber dennoch lernoffenen Bildungsprozess ermöglichen. Eine nach außen und innen sichere Infrastruktur und Netzarchitektur gehören ebenso dazu wie die fortlaufende Wartung der Technik durch Fachleute.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für das Erreichen der o.g. Ziele liegt in der konsequenten Umsetzung der Vermittlung von mediendidaktischen und medienpädagogischen Ansätzen in der Aus-, Weiter- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften (siehe Abschnitt „Lehramts- und Ausbildung von pädagogischen Fachkräften“).



Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig über mediale Chancen und Risiken aufgeklärt werden.

Außerschulische Kinder- und Jugendmedienbildung

Forderungen

1

Wir benötigen in der Landesregierung das Verständnis, dass außerschulische Medienbildung eine eigenständige Aufgabe im Bereich der außerschulischen Jugendbildung ist, die viel Potenzial für Partizipation und Demokratiebildung birgt.

2

Die Träger der Kinder- und Jugendbildung benötigen eine verlässliche Personal- und Sachkostenfinanzierung. Es fehlt an einer landesweiten Infrastruktur (medienpädagogische Professionalität, finanzielle Situation, technische Ausstattung, Flexibilität, Kontinuität etc.).

3

Wir benötigen Medienbildungsangebote im außerschulischen Bereich über das gesamte Bundesland gleichmäßig verteilt, so dass es für Jugendliche in strukturschwächeren Regionen Chancengleichheit gibt. Das deutliche Gefälle der Anzahl von Medienbildungsprojekten zwischen den Landesteilen muss aufgehoben werden.

Zukünftige Landespolitik

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass die außerschulische Kinder- und Jugendbildung ein gleichberechtigter Teil zu Unterricht und Elternarbeit ist, um Kinder und Jugendliche in ihrer medialen Sozialisation zu begleiten und Medienkompetenz im umfassenden Sinn zu vermitteln. Dazu bedarf es insbesondere einer verlässlichen Personal- und Sachkostenfinanzierung für die Träger und gezielter Fort- und Weiterbildungsangebote im Bereich Medienbildung für die Mitarbeitenden.

In Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich ein deutliches quantitatives Gefälle von Medienbildungsprojekten zwischen den Landesteilen. Deshalb müssen vorhandene Förderstrukturen ausgebaut werden und einen verstärkten Anreiz bieten, um Medienkompetenzförderung und Medienbildung als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe in der Kinder- und Jugendarbeit fest zu verankern.

Begründung

Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit ist lebensweltorientiert und funktioniert nach dem Prinzip der Freiwilligkeit. Damit hat sie eine große Nähe zu den Kindern und Jugendlichen, die als Digital Natives auch ihr Medienverhalten „mitbringen“.

Außerschulische Bildung bietet die Chance, Kindern und Jugendlichen sehr authentisch zu begegnen und ihre Mediensozialisation zu begleiten, indem sie Medienerfahrungen reflektiert sowie Erfahrungsräume für selbstbestimmte Mediennutzung und -gestaltung schafft. Als „dritte Instanz“ neben Eltern und Schule kann die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit wesentlich dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche Gefahren er-

kennen und Möglichkeiten nutzen, die mit digitalen und Online-Medien verbunden sind.

Träger der Kinder- und Jugendarbeit können mit ihren Medienbildungsangeboten eine Verbindung von Eltern und Schule herstellen. Dabei ist zu beachten, dass die Anbieter von außerschulischer Medienbildung strukturell und finanziell gleichgestellt werden.

In einer digitalen Gesellschaft werden auch die demokratischen Bildungsprozesse zunehmend online und über Netzwerke organisiert. Außerschulische Kinder- und Jugendbildung trägt dazu bei, über das Internet eine niedrigschwellige Beteiligung an gesellschaftspolitischen Prozessen im Sinne der Interessen von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen.

Außerschulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bietet immer auch Orientierung für die spätere Berufsfindung. Das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben ist einer fortschreitenden Digitalisierung unterworfen und zeigt damit starke Veränderungen in der Arbeitswelt. Die Kinder und Jugendlichen brauchen eine umfassende Medienbildung für die Erhaltung ihrer Arbeits- und Erwerbsfähigkeit.

Ein möglicher Ansatz sind Peer-to-Peer-Projekte wie Medienscouts MV.



Lehramts- und Ausbildung von pädagogischen Fachkräften

Forderungen

1

Wir benötigen in der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller pädagogischen Fachkräfte (Schule, Kita, Jugendhilfe) den verbindlichen Erwerb von Kompetenzen im Bereich der Medienbildung und Medienpädagogik. Das setzt eine zeitliche und damit verbundene finanzielle Ausstattung voraus.

2

Die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern benötigen dafür ebenfalls Strategien, wie dies zeitlich und personell umgesetzt werden kann, ebenso wie alle weiteren berufsbildenden Schulen, die pädagogische Ausbildungen anbieten.

Zukünftige Landespolitik

Die Koalitionspartner unterstützen eine umfassende Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer sowie aller pädagogischer Fachkräfte. Dazu gehört eine verbindliche Implementierung der Fachbereiche Medienpädagogik und Mediendidaktik in die Ausbildung bzw. das Studium von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern sowie der sozialpädagogischen Fachkräfte. Der Bedarf und die notwendigen Ressourcen an Fort- und Weiterbildung für alle pädagogischen Fachkräfte müssen dabei ebenfalls berücksichtigt werden. Das Ziel ist es, einen sinnvollen und kreativen Einsatz digitaler Medien zu ermöglichen sowie den Fachkräften ein umfassendes Verständnis von Medienbildung zu vermitteln. Den Koalitionspartnern ist bewusst, dass eine verpflichtende Teilnahme in der Aus-, Weiter- und Fortbildung zu diesem Thema notwendig ist.

Begründung

Es ist notwendig, dass die pädagogischen Fachkräfte in der Lage sind, mediale Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen in ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag einfließen zu lassen. Darüber hinaus sollen Impulse gegeben werden, wie digitale Medien in den Lehr- und Lernszenarien sowie der außerschulischen Medienbildung eingesetzt werden können.

Bereits in der Lehramtsausbildung sind verpflichtende Elemente der Medienpädagogik und -didaktik, des Datenschutzes und des Urheberrechtes unabdingbar. Das setzt voraus, dass in den Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern entsprechende Angebote vorgehalten werden.

Die erste Phase in der Lehramtsausbildung ist das Lehramtsstudium. Alle medienpädagogischen und mediendidaktischen Ausbildungseinheiten werden bisher fakultativ angeboten. Zwar ist seit 2013 im Lehrerbildungsgesetz ein verpflichtender Teil „Datenschutz und Urheberrecht“ vorgeschrieben, doch noch nicht umgesetzt. Die Lehrangebote müssen fachdidaktisch das Lernen mit und über Medien bereits enthalten und den angehenden Lehrerinnen und Lehrern das Interesse vermitteln, dieses Wissen anzuwenden.

Die zweite Phase der Lehramtsausbildung wird derzeit mit einer verpflichtenden zweitägigen Schulung für Referendarinnen und Referendare begleitet. Diese Schulungen werden vom Medienpädagogischen Zentrum des Instituts für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt. Sie sind jedoch nicht ausreichend, damit die Referendarinnen und Referendare eigene Lehrszenarien mit und über Medien entwickeln und kontinuierlich einsetzen können. Für eine gewährleistete Kontinuität bedarf es medienkompetenter Ausbilderinnen und Ausbilder.

Die dritte Phase ist die „Fort- und Weiterbildung“. Hier gibt es verschiedene Angebote des Netzwerkes **Medienaktiv M-V**. Die Landeskoordinierungsstelle für Suchtthemen Mecklenburg-Vorpommern und der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern bieten über die Bildungsstätte Güstrow-Schabernack Ganztagschulungen in diesem Bereich an. Ebenso gibt es Angebote in den Offenen Kanälen der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern.

Die Netzwerkpartner unterstützen die interessierten Lehrerinnen und Lehrer bei SchiLF-Tagen (schulinterne Lehrer-Fortbildung). Das Medienpädagogische Zentrum des Instituts für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern bietet für Lehrerinnen und Lehrer in der dritten Phase medienbildungsbezogene Fortbildungen an.

Insgesamt bleibt es momentan abhängig vom Engagement eines jeden Einzelnen und der Einstellung der Schulleitung zu diesem Thema. Nicht genehmigte Freistellungen für Fortbildungen sind dabei ebenso ein Hindernis wie das persönliche Grundverständnis.

Parallel gibt es auch nur vereinzelte Angebote für die Ausbildungsinhalte der Erzieherinnen und Erzieher sowie in allen verwandten Ausbildungswegen. Es bedarf der obligatorischen Teilnahme an Aus-, Fort- und Weiterbildungen zu Themen der Medienpädagogik und Mediendidaktik, um die Präventionsarbeit der Fachkräfte zu verbessern. Die Notwendigkeit steigt kontinuierlich, dem muss Rechnung getragen werden.



Austausch und Diskussion beim Medienpolitischen Abend.

Medienbildung für Ältere

Forderungen

1

Für ältere Bürgerinnen und Bürger muss die Teilhabe gesichert sein. Dafür sind altersspezifische Angebote/Lernsettings zum Erwerb digitaler Kompetenzen notwendig.

2

Die vorhandenen Kapazitäten der einzelnen Institutionen und Mitglieder des Netzwerkes **Medienaktiv M-V** reichen nicht aus, um diesen Bedarf abzudecken. Wir fordern die Landespolitik auf, explizit personelle und finanzielle Ressourcen für die Medienkompetenzförderung von Seniorinnen und Senioren bereitzustellen.

Zukünftige Landespolitik

Die Koalitionspartner setzen sich für eine Sicherung der Teilhabe aller Generationen an den Chancen der digitalisierten Welt ein. Dies ist ein zentrales Anliegen der Landespolitik.

Die Koalitionäre betonen die Chancen, die der digitale Wandel auch den älteren Bürgerinnen und Bürgern bietet und erkennen die Notwendigkeit altersspezifischer Angebote und Ansprechpartner zur Förderung der Medienkompetenz.

Der Ausbau von bedarfsorientierten und nachhaltigen Angeboten zur Stärkung der Medienkompetenz älterer Menschen ist voranzutreiben. Diese Angebote müssen strukturell vernetzt sein, die Unterstützung ist dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.

Begründung

Die Digitalisierung des Alltags durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien stellt insbesondere für die älteren Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes eine große Herausforderung dar. Medienbildung für ältere Menschen ist ein direkter Beitrag zur Teilhabe an der digitalen Informationsgesellschaft. Vermehrt finden Mediennutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten online statt. Das Internet und dessen Nutzung über mobile Endgeräte bieten den Erhalt und weitere Möglichkeiten einer breiten gesellschaftlichen Teilhabe und helfen unmittelbar bei der Vereinfachung des Lebensalltags älterer Menschen.

Angesichts der abnehmenden Mobilität im Alter und den strukturell geringen Angeboten im ländlichen Raum können moderne internetgestützte Medienangebote beitragen, gesellschaftliche Teilhabe flächendeckend und ortsunabhängig zu sichern.

Die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien nimmt gerade bei der älteren Generation weiter zu. Die ARD/ZDF-Onlinestudie 2015 stellt hierzu fest: „Besonders nachdrücklich verändert sich das Nutzungsverhalten bei ab 70-Jährigen. In dieser Altersgruppe gibt es einen Zuwachs von 0,8 Millionen Personen bei der täglichen Internetnutzung. Das ist eine Zunahme von 44,0 Prozent. Diese Generation ist zusammen mit den 60- bis 69-Jährigen auch die Altersgruppe mit den größten Potenzialen.“^[1]

Die Seniorinnen und Senioren benötigen altersspezifische Angebote und Lernsettings. Dabei gilt es, Chancen aufzuzeigen, Vorbehalten altersgerecht zu begegnen sowie den Sicherheitsbedürfnissen der Älteren zu entsprechen.

Das Lernverhalten von Seniorinnen und Senioren ist gekennzeichnet durch: möglichst langfristige und individuelle Begleitung beim „Erobern“ des digitalen Raumes,

Lernen in Kleingruppen und lokale Ansprechpartner. Eine solche altersspezifische Vermittlung von Medienbildung ist durch die Familie und das direkte Umfeld oft nicht gewährleistet. Altersspezifische medienpädagogische Angebote bieten hier eine unmittelbare, qualifizierte und vertrauensvolle Unterstützung.

Neben etablierten Orten der Medienbildung, wie den Medienwerkstätten oder Offenen Kanälen, spielen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eine wichtige Rolle. Die aktuelle „Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz in Mecklenburg-Vorpommern“ sieht zwar die Überprüfung vor, „ob und in welchem Umfang ein Projekt vergleichbar der Multiplikatoren-Ausbildung bei Jugendlichen umsetzbar ist und hierfür notwendige personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden können“. Es gibt bereits regional und lokal bestehende Strukturen, beispielhafte und unterstützenswerte Peer-to-Peer- und generationenübergreifende Ansätze, auf denen aufgebaut werden könnte. Allerdings fehlt es an Finanzierungsmöglichkeiten. Diese konnten auch nicht durch die Partner der Kooperationsvereinbarung zusätzlich generiert werden.

Der Landesdatenschutzbeauftragte, Reinhard Dankert, eröffnete mit Birgit Grämke den ersten Medienpolitischen Abend am 26.01.2016 in Schwerin.



IMPRESSUM

Kompetenzzentrum und Beratungsstelle für exzessive Mediennutzung und Medienabhängigkeit Schwerin der Evangelischen Suchtkrankenhilfe M-V

Dr. Detlef Scholz

Telefon: 0385 5213141

E-Mail: mediensuchtberatung@suchthilfe-mv.de

Landeskoordinierungsstelle für Suchtthemen MV

Birgit Grämke

Telefon: 0385 7851560

E-Mail: graemke@lakost-mv.de

Landeskriminalamt M-V

Charlotte Eckert

Telefon: 03866 646100

E-Mail: charlotte.eckert@lka-mv.de

Medienanstalt M-V

Bert Lingnau

Telefon: 0385 5588114

E-Mail: b.lingnau@medienanstalt-mv.de

Landesdatenschutz M-V

Antje Kaiser

Telefon: 0385 5949456

E-Mail: antje.kaiser@datenschutz-mv.de

Landesjugendring M-V

Andreas Beck

Telefon: 0385 7607615

E-Mail: a.beck@lrmv.de



medienaktiv-mv.de



Der Landesbeauftragte
für Datenschutz und Informationsfreiheit
Mecklenburg-Vorpommern



Kompetenzzentrum und Beratungsstelle
für exzessive Mediennutzung und
Medienabhängigkeit

